

Wer dem **Antrag Drucksache 13/4324** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

10 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zur Einbringung des Gesetzentwurfs für die Landesregierung Frau Ministerin Höhn das Wort.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Wir reden heute über zwei sehr traditionelle Institutionen, die bereits ein gehöriges Alter auf dem Buckel haben. Die Frage, die heute ansteht, beschäftigt uns schon seit langem immer wieder. Das Thema, das wir heute zu behandeln haben, ist also sehr interessant.

Es geht um die beiden Landwirtschaftskammern, die seit ihrer Wiedergründung im Jahre 1949 als Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe in Münster - einerseits - und Landwirtschaftskammer Rheinland in Bonn - andererseits - bestehen. Seit über 50 Jahren nehmen sie als Landwirtschaftskammern die Aufgaben der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung wahr. Die Direktoren der Landwirtschaftskammern als Landesbeauftragte erledigen die Aufgaben des Staates. Staatliche und Selbstverwaltungsaufgaben sind in einer Dienststelle konzentriert.

Nimmt man die Zeit der Landwirtschaftskammern vor dem Jahre 1949 hinzu, so konnten beide Kammern vor wenigen Jahren ihr jeweils 100jähriges Bestehen feiern, sind also wirklich schon ehrwürdige Institutionen.

Weder 100 Jahre noch die letzten 50 Jahre sind spurlos an diesen beiden Kammern vorübergegangen. Wir haben beispielsweise insbesondere in den letzten Jahrzehnten einen enormen Strukturwandel in der Landwirtschaft erlebt. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe und damit auch die Zahl der Kunden, die die Landwirtschaftskammern zu betreuen und zu beraten haben, ist stark zurückgegangen. Darüber hinaus ist auch die Finanzlage des Landes angespannter als früher. Als Folge

musste in allen Bereichen überprüft werden, wie man mit weniger Geld auskommen kann. Über den Haushalt haben wir heute ja schon gesprochen.

Insbesondere seit 1998 ist überlegt worden, wie man besser miteinander kooperieren kann. Die beiden Präsidenten und Kammerdirektoren haben sich zusammengesetzt und versucht, ihre inneren Strukturen zu straffen, Aufgaben zusammenzulegen und gemeinsam zu erledigen, um auf dem Weg Geld einzusparen.

1999 wurde von beiden Landwirtschaftskammern ein Kooperationsvertrag geschlossen. Aber es wurde bald deutlich - obwohl man Synergieeffekte hatte -, dass dies angesichts der Finanznot, die dort zu bewältigen war, immer noch nicht ausreichte. Deshalb wurde klar: Wenn man den Bestand der Kammern erhalten wollte, musste man weiter gehen als mit der Kooperation. Man musste über eine Fusion nachdenken. Das ist gerade in einem Bindestrichland wie Nordrhein-Westfalen nicht so einfach.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle insbesondere dem Kammerpräsidenten des Rheinlandes danken, der gleichzeitig Abgeordneter ist, weil er durch sein konstruktives Verhalten im Sinne der Fusion durchaus zu dem Erfolg des jetzigen Gesetzes beigetragen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Dass da nur die Grünen klatschen, wundert mich, weil da so viele CDU-Abgeordnete sitzen. Aber ich nehme es einfach mal so hin.

Präsident Lieven hatte schon die Weitsicht, als er sagte: Wenn wir die Kammern erhalten wollen, müssen wir etwas verändern. - Er hat damit versucht, seinen Kollegen Meise, der es in Westfalen schwerer hat, an einigen Punkten zu einer schnelleren Gangart zu verleiten.

Am 4. Oktober 2001 vereinbarten die Landwirtschaftskammern Westfalen-Lippe und Rheinland, einschließlich der höheren Forstbehörde zu fusionieren. Die Hauptversammlungen beider Landwirtschaftskammern haben dann der Vereinbarung, die auch vom Ministerium getragen wird, im September 2001 zugestimmt. Und sie haben übrigens auf eine schnelle Realisierung gedrängt.

Wir haben am 22. Juli dieses Jahres im Kabinett den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf zur Einrichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen verabschiedet; das wird der neue Name sein. Der Gesetzentwurf in Form eines Artikelgesetzes mit den notwendigen Folgeänderungen in anderen Gesetzen enthält zunächst die für

eine Fusion erforderlichen Regelungen. Aber natürlich regeln wir auch das, was man nach 100 bzw. 50 Jahren Bestand der Kammern ändern muss, sodass wir in einigen Punkten die Aufgaben der Landwirtschaftskammern dem neuen Stand angepasst haben.

Hinzu kommt ganz aktuell, dass wir im Düsseldorfer Signal Ende Juni/Anfang Juli auch noch festgelegt haben, dass der Forst in einen Landesbetrieb überführt werden soll, sodass wir diesen Punkt als Zielvorgabe in das Gesetz eingestellt haben. Der Landesbetrieb Forst soll gemäß § 14a des Landesorganisationsgesetzes errichtet werden. Wir streben für diesen Landesbetrieb Forst den 1. Januar 2005 an, wissen aber, dass dies noch viel Arbeit erfordert. Man muss sich aber solche zeitlichen Ziele setzen, um etwas zu erreichen.

Bei der Fusion sind wir sehr viel ehrgeiziger und geben uns nicht mit dem 1. Januar 2005 zufrieden, sondern wollen sie zum 1. Januar 2004 erreichen.

Wie viel Arbeit das im Einzelnen bedeutet, davon können die Kammerpräsidenten, die Kammerdirektoren und die Ministerin ein Lied singen. Da sind gerade in den letzten Wochen und Monaten eine Menge Telefonate und Gespräche geführt worden.

Es gibt noch eine Frage, die darüber hinaus in der aktuellen Diskussion eine Rolle spielt, nämlich die der Standorte. Diese Frage berührt das Gesetz, das wir hier beraten, zunächst einmal nicht. Denn wir machen dieses Gesetz nicht von Standorten abhängig, sondern legen fest, was mit den Kammern an sich passiert.

Insofern können wir unabhängig von diesen aktuellen Diskussionen, die wir in der Tat weiterhin führen werden, agieren. Die Kammerpräsidenten haben sich geäußert, was sie für sinnvoll halten. Es wird nächste Woche ein Gespräch der Ministerin mit den Kammerpräsidenten geben, in dem wir ausloten, was die Fusion bedeutet.

Eines kann ich aber schon heute zu dieser aktuellen Diskussion sagen: Wir werden nicht zulassen, dass hier Kostenersparnisse zugunsten von zwei Sitzen und zulasten von Dienstleistungen stattfinden. Denn eines darf nicht sein: dass wir die Leistungen der Kammer kürzen, weil wir unbedingt auf zwei Standorten beharren. Das können wir den Bauern auch nicht vermitteln. Denn die Bauern wollen Leistungen von der Kammer. Es ist weniger wichtig für die Bauern, an welchem Standort die Kammer ihren Sitz hat.

Insofern werden wir uns die vorgelegten Zahlen genau anschauen. Natürlich wundert es die Ministerin schon, dass ihr die Kammern Anfang Juli gesagt haben: Wenn man zu einem Sitz kommt, spart man 4 bis 7 Millionen € jährlich ein. - Nun sagen sie: Wenn man an zwei Sitzen bleibt, spart man 14 Millionen € ein. - Da fragt man sich schon, was in den acht Wochen dazwischen passiert ist, dass man zu einem solchen Sinneswandel kommt. Ich sehe es aber sehr pragmatisch und optimistisch und sage: Okay, wenn man an einen Standort geht, spart man 7 Millionen €, und wenn man an zwei Standorten bleibt, spart man 14 Millionen €. Zusammen heißt das, dass die Kammern zusammen noch 21 Millionen € irgendwo in der Schatzkammer haben. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes kann daraus ein Solidarbeitrag der Kammern für das Land notwendig werden, den wir in die Haushaltsberatungen eingestellt haben.

(Heiterkeit)

Insofern muss man aus jeder Situation das Beste machen. Dann gilt aber auch, dass wir mehr Mittel für die Bauern direkt haben. Denn bei den EU-Programmen haben wir im Landeshaushalt nicht gekürzt. Es ist eine wichtige Nachricht, zu sagen: Man kann bei den Strukturen kürzen - das muss man auch -, aber das, was die Bauern direkt bekommen, wollen wir ihnen auch weiterhin in der bisherigen Größenordnung zukommen lassen.

Also, meine Damen und Herren, wir reden heute über die Fusion. Wir müssen heute nicht unbedingt über die Frage der Standorte reden. Was ich in diesem Zusammenhang gelernt habe, ist, dass die Münsteraner auf keinen Fall nach Bonn und die Bonner auf keinen Fall nach Münster wollen. So ist das.

Jetzt haben wir überlegt, auf dem Bindestrich einen neuen Standort zu finden. Das ist auch nicht so einfach. Wie auch immer: Wir werden uns als Ministerium die Zahlen genau anschauen. Sie wissen ja, dass ich Zahlen ganz gut lesen kann. Ich habe gehört, dass mittlerweile die Bauern und die Gärtner auch schon Stress untereinander haben. Das werden wir uns als Ministerium ganz genau und ruhig ansehen.

Heute geht es um die Fusion. Da sind wir mittlerweile schon ein Stück weiter, weil sie überhaupt nicht mehr infrage gestellt wird. Man sieht daran, wie schnell wir im landwirtschaftlichen Bereich reagieren und wie schnell wir unsere Strukturen verändern müssen, damit wir mit den neuen Entwicklungen Schritt halten können.

Ich hoffe auf eine konstruktive Beratung des Gesetzes und am Ende auch auf eine konstruktive Lösung - wo immer die Standorte dann auch sein werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Schmid das Wort.

Irmgard Schmid (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erinnern uns: Unter dem Aspekt - Frau Ministerin Höhn hat es schon gesagt - des Strukturwandels und den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen kamen die Landwirtschaftskammern Westfalen-Lippe und Rheinland bereits vor einiger Zeit überein, aus sachlichen und Kostengründen zu fusionieren. Ein Gesetzentwurf wurde erarbeitet, in den auch die Ergebnisse des "Düsseldorfer Signals" eingearbeitet wurden.

Aber wir sollten uns auch erinnern: Als Verwaltungsstandorte, auch wenn es nicht direkt die Rolle spielt, der vereinigten Kammer waren unter Bündelung und Straffung der Arbeit der verschiedenen Abteilungen Münster und Bonn vorgesehen, die sachlich und fachlich als richtig dargestellt wurden.

Was wäre eine parlamentarische Sommerpause ohne Sommertheater? Nach einer gemeinsamen, von beiden Kammerpräsidenten Lieven und Meise und Frau Höhn unterzeichneten Vereinbarung, wurde - vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung - ein einziger neuer neutraler Standort angestrebt, verkehrsgünstig gelegen und sozial verträglich. Was sich danach im Hinblick auf die Standortfrage abspielte, konnte befürchten lassen, dass zwischen Rheinländern und Westfalen der Krieg ausbrechen könnte. Ich freue mich, dass letztlich doch die Vernunft gesiegt hat.

Ich möchte die Historie abkürzen. Für die SPD spielen Sachargumente unter Einbeziehung sozialer Aspekte die entscheidende Rolle. Ränke-spielen und Animositäten räumen wir keinen Platz ein.

Deshalb begrüße ich für die SPD-Fraktion ausdrücklich, dass eine Vorschlagskommission der beiden Kammern und der Landwirtschaftsverbände nach erneuter eingehender Analyse der Kosten der verschiedenen Standortalternativen einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet hat, der unter weiterer Reduzierung von Kosten gerade bei dieser schwierigen Haushaltslage tragfähig erscheint.

Nach ihrem Inhalt sollen die Kammerzentralen in Bonn und Münster weiter abgespeckt, weitere Einrichtungen der Kammern geschlossen bzw. zusammengeführt und alle Aufgaben erneut einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Wenn diese Rahmenbedingungen stimmen, erkläre ich für die SPD-Fraktion, dass wir den gefundenen Kompromiss der Kammern unterstützen werden. Ausdrücklich danke ich den Kammerpräsidenten Meise und Lieven, den Verbandspräsidenten Decker und Möllers für ihren konstruktiven Vorschlag.

Nun zum Gesetzentwurf, bei dem es, wie schon vorhin gesagt, um mehr geht: Die Bedeutung und Wertschätzung, die die Landwirtschaftskammern für das Land haben, wird im allgemeinen Teil des Gesetzentwurfes formuliert. Ich zitiere:

"Sie"

- die Kammern -

"haben sich in ihrer wichtigen Funktion der Unterstützung und Beratung der Landwirtschaft und der in ihr Tätigen bewährt. Zugleich hat auch das Land davon Vorteile, da es einerseits auf den in den Landwirtschaftskammern vorhandenen Sachverstand zu praktischen landwirtschaftlichen Fragen zugreifen kann. Andererseits erspart sich das Land Aufbau und Vorhalten einer eigenen staatlichen Landwirtschaftsverwaltung, so dass durch das Zugreifen auf vorhandenes und ausgebildetes Personal ... über die Rechtskonstruktion des Landesbeauftragten Synergieeffekte genutzt werden können. An der Notwendigkeit des Erhaltes der Institution ... bestehen daher keine Zweifel."

Diesen Formulierungen schließe ich mich für die SPD-Fraktion ausdrücklich an. Aber bei den jetzt anstehenden Beratungen des Kammergesetzes geht es um mehr als die bereits erwähnten Einsparungen oder Standortfragen. Einige Veränderungen im Gesetzentwurf, die in den vergangenen Wochen der allgemeinen Diskussion vernachlässigt wurden, möchte ich erwähnen.

So wird mit dem Hinweis auf den Verbraucherschutz der Stellenwert neuer, von den Kammern seit vielen Jahren erfolgreich wahrgenommener Ansätze deutlich gemacht, präzisiert und aktualisiert.

Das Gleiche gilt im Hinblick auf die vielfältigen ökologischen Leistungen der Landwirtschaft und die bewährte Kooperation zwischen Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz. Ebenso wird mit dem Hervorheben des Auftrags zum gesellschaftlichen Dialog eine moderne Dienstleistung im Sin-

ne von Aufgabenkommunikation beschrieben, die auf jeden Fall zu leisten ist. Sie ist integraler Bestandteil eines zukünftigen Verwaltungshandelns und soll die gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft stärken und wird deshalb ausdrücklich als Aufgabe dargestellt.

Als erfreuliche Neuerung bezeichne ich, dass künftig auch Vertreterinnen oder Vertreter der Landjugend zum Kreis der berufenen Mitglieder der Kammer gehören, ebenso die Berücksichtigung des bedeutenden Bereiches des Garten-, Gemüse- Obst- und Weinbaus einerseits sowie der Landfrauen andererseits mit jeweils zwei Vertreterinnen oder Vertretern. Dies soll die Strukturen regionaler oder berufsbedingter Art hervorheben. Für die SPD-Fraktion begrüße ich, dass es nur noch für eine Übergangsfrist eine so genannte Doppelspitze bei der Position der Kammerpräsidenten geben wird.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass die Dissonanzen zwischen den Kammerorchestern ein Ende haben. Ich erwarte und hoffe, dass in Zukunft gemeinsam eine harmonische Melodie gespielt wird, dass miteinander und nicht gegeneinander gearbeitet wird. Dann haben sich die Anstrengungen der vergangenen Wochen gelohnt. Nur gemeinsam ist man stark. Glück auf für die noch anstehenden Beratungen!

Gleichzeitig beantrage ich für die SPD-Fraktion zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung des Landtags.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Schmid. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das dritt wichtigste Agrarland in Deutschland.

(Ministerin Bärbel Höhn: Das Wichtigste!)

- Wenn Sie so weitermachen, landen wir bald an fünfter Stelle, Frau Höhn. Über 45.000 Landwirte sind einem Strukturwandel ausgesetzt wie nie zuvor. Gaben in den 90er-Jahren jährlich zirka 2 % der landwirtschaftlichen Betriebe ihre Produktion auf, sind es inzwischen jedes Jahr 4 %.

Gründe sind natürlich die schlechte Einkommenssituation in der Landwirtschaft, der technologisch-biologische Fortschritt und die politischen Rahmenbedingungen von Rot-Grün, die vor wenigen Tagen selbst vom parlamentarischen Staatssekre-

tär im Bundeslandwirtschaftsministerium kritisiert worden sind.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen müssen im europäischen Wettbewerb bestehen. Dazu, meine Damen und Herren, brauchen wir eine leistungsfähige Agrarverwaltung. In Nordrhein-Westfalen gibt es im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern keine staatliche Agrarverwaltung. Unsere Landwirtschaftskammern sind Selbstverwaltungskörperschaften.

Der Kammerdirektor und auf der unteren Ebene die Geschäftsführer der Kreisstellen nehmen auch staatliche Aufgaben wahr. Diese Doppelfunktion führt zu einer Konzentration und ist richtig. Die Landwirtschaftskammern haben sich in ihrer jüngsten, über 50-jährigen Geschichte bewährt. Als Landwirt weiß ich persönlich, wie wichtig die Landwirtschaftskammern für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen sind.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht nun vor, dass aus zwei selbstständigen Landwirtschaftskammern, aus Rheinland und Westfalen-Lippe, eine Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen entstehen soll. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels, auf den ich eben eingegangen bin und sicherlich auch vor dem Hintergrund der maroden Landesfinanzen, ist dies richtig. Ziel muss es sein, eine preisgünstige, leistungsfähige Agrarverwaltung in Nordrhein-Westfalen zu haben. Die einstimmige Entscheidung der Hauptversammlungen der beiden Landwirtschaftskammern vom Herbst des vergangenen Jahres ist zukunftsorientiert.

Fusionen, meine Damen und Herren, sind immer schwierig und auch mit Emotionen versehen, gilt es doch, diese über 50-jährige erfolgreiche Arbeit in einem neuen Rahmen fortzusetzen. Dabei gilt es auch, die Standortfrage zu lösen, damit beide Landesteile damit leben können.

Meine Fraktion hat das Zwei-Standorte-Modell immer begrüßt - auch während der Sommerferien, als das eine große Rolle gespielt hat. Dies muss nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit sowie des Respekts der Selbstverwaltung der Kammern umgesetzt werden. Es muss berücksichtigt werden, dass sich die Finanzzuweisungen des Landes schon in den vergangenen Jahren - Frau Höhn, darüber sind Sie ein Stück hinweggegangen - zulasten der beiden Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen dramatisch verschlechtert haben.

In den letzten zehn Jahren - bis einschließlich 2001 - waren im Landeshaushalt 61 Millionen DM

bzw. 31 Millionen € Finanzausweisungen für die Kammern veranschlagt. 2002 erfolgte schon eine Kürzung auf 51 Millionen DM bzw. 26 Millionen €. 2003 waren es dann nur noch 13 Millionen €. Sie haben von den schwierigen finanziellen Zeiten gesprochen, die wir heute haben. Sie sind aber schon an die Kammern herangegangen, als die Rahmenbedingungen im Bereich der Steuerpolitik und des Landeshaushaltes noch wesentlich günstiger waren, als das heute der Fall ist.

Beide Kammern, meine Damen und Herren, müssen im Rahmen der Umsetzung der Gutachten rund 350 Stellen abbauen. 300 Stellen haben sie schon abgebaut. Ich glaube, der Stellenabbau wird in den nächsten Jahren weitergehen.

Ich möchte darüber hinaus noch darauf verweisen, dass die fusionierte Landwirtschaftskammer - wenn wir sie im nächsten Jahr haben - bis 2006 eine Deckungslücke von über 50 Millionen € hat. Man muss sich daher schon die Frage stellen: Finden wir überhaupt noch Landwirte im Ehren- und im Hauptamt, die vor dem Hintergrund dieser katastrophalen Finanzsituation der neuen Landwirtschaftskammer bereit und in der Lage sind, dort Verantwortung zu übernehmen?

Wenn ich mir die Beschlüsse der Landesregierung von gestern ansehe, Frau Höhn, dann wollen Sie im nächsten Jahr im Bereich der Landwirtschaft noch einmal 4,3 Millionen € und im Bereich der Forstverwaltung zusätzlich 4,3 Millionen € sparen. Dann bleibt nicht mehr viel übrig. Sie haben auf der einen Seite die Finanzmittel in den vergangenen Jahren permanent gekürzt und auf der anderen Seite die Drohkulisse in den letzten Monaten erhöht, gerade auch als es um die Standortfrage ging.

Ich muss an dieser Stelle sagen: Ich glaube nicht, dass es kostengünstiger geworden wäre, wenn wir in Nordrhein-Westfalen irgendwo in einer Großstadt oder im Ruhrgebiet an einem neuen Standort gelandet wären, sondern dass dieses Modell mit den zwei Standorten sicherlich günstiger ist.

Meine Damen und Herren, das hat dazu geführt, dass die Kammerpräsidenten zumindest teilweise etwas paraphieren mussten - unterschreiben will ich noch gar nicht sagen -, was sie eigentlich gar nicht wollten und auch gar nicht verantworten konnten. Das war nicht durchzuhalten. Deswegen haben sich gestern die Präsidenten der Kammern und der Landwirtschaftsverbände noch einmal zusammengesetzt und eine neue Vereinbarung auf den Weg gebracht.

Ich möchte mich nicht nur beim Präsidenten der Landwirtschaftskammer Rheinland herzlich bedanken, sondern bei allen Präsidenten, bei den Kammern, bei den Verbänden und auch bei den Direktoren, die an dieser Regelung von gestern mitgewirkt haben.

Frau Höhn, etwas mehr Respekt vor Selbstverwaltungsorganen - in diesem Fall der Kammer - wäre gut gewesen. Aber Sie haben dabei schon in den vergangenen Jahren kein glückliches Händchen gehabt,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

wenn ich an die Bestellung des Kammerdirektors in Westfalen-Lippe und die Diskussion über die Höhe der Aufwandsentschädigungen der Kammerpräsidenten denke. Ich glaube nicht, dass Sie mit einer anderen Organisation in Nordrhein-Westfalen so umgesprungen sind.

Der Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, bedeutet auch eine tiefe Zäsur für die Landesforstverwaltung, die auch zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt in einen Landesbetrieb umgewandelt werden soll. Zu diesem und zu anderen Punkten ergeben sich für meine Fraktion noch viele Fragen. Einige möchte ich heute stellen:

Erstens. Im alten Kammergesetz war der Aufgabenbereich der Landwirtschaftskammern mit Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und flächenbezogener, artgerechter Tierhaltung beschrieben. Im neuen Kammergesetz steht nun, dass insbesondere Agrarumweltmaßnahmen sowie der ökologische Landbau gefördert werden sollen. Frau Höhn, was heißt in diesem Zusammenhang "insbesondere"? Wird hier eine höhere Wertigkeit des ökologischen Landbaus gegenüber der konventionellen Landwirtschaft per Gesetz festgeschrieben, oder was soll die Formulierung "insbesondere"?

Zweitens. Die Wahlen und Beschlüsse der Landwirtschaftskammern waren einschließlich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite immer von großer Einigkeit geprägt. Nun sollen die Personalentscheidung, die Wahl des Präsidenten und die Wahl des Kammerdirektors mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erfolgen.

Bedeutet dies etwa mehr Demokratie? Müssen Sie hier die Kammern an die Hand nehmen? Muss hier eine Zweidrittelmehrheit hineingeschrieben werden? Ich weiß nicht, warum.

Drittens. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Zuständigkeit für die Forstverwaltung von der Landwirtschaftskammer zu trennen und einen staatlichen

Landesbetrieb einzurichten. Frau Höhn, ist dies mit der Besitzstruktur des Waldes in Nordrhein-Westfalen zu vereinbaren? Wir haben in Nordrhein-Westfalen schließlich einen Wald, der sich zu 65 % in Privateigentum befindet. Ich meine, das passt eigentlich nicht zusammen.

In einer gemeinsamen Erklärung von Ihnen und den Kammerpräsidenten vom 10. Juli dieses Jahres heißt es dazu:

"Die Ausgliederung der gesamten Forstverwaltung in einen Landesbetrieb und damit die Herauslösung aus der Landwirtschaftskammer ist durch das Düsseldorfer Signal abschließend entschieden und muss daher akzeptiert werden."

Meine Damen und Herren, was heißt das denn? Das heißt, dass sich die Landesregierung entschieden hat und dass alle anderen nichts mehr zu melden haben. Frau Höhn, haben Sie einmal mit dem Waldbauernverband in Nordrhein-Westfalen oder mit anderen Organisationen, wie dem BDF - wir haben eine Vielzahl von Organisationen, die davon betroffen sind -, gesprochen? Bedeutet, die Landesregierung habe entschieden und das müsse entsprechend akzeptiert werden, auch mehr Demokratie?

Wir als CDU-Fraktion akzeptieren dies in dieser Form nicht. Wir möchten uns mit dieser neuen Struktur zumindest auseinander setzen. Wir erwarten ein Gutachten über die finanziellen Konsequenzen eines neuen Landesbetriebs "Forst", und wir werden uns in den nächsten Monaten auch in den anderen Bundesländern intensiv sachkundig machen, um zu entscheiden, was denn die beste Organisationsform der Landesforstverwaltung in Nordrhein-Westfalen ist.

Vorletzter Punkt. Bei aller Sympathie für die beteiligten Personen: Die Installierung von zwei Kammerdirektoren ist kein Beispiel für eine effiziente Verwaltungsstrukturreform. Stellen Sie sich vor, auch bei der Fusion der Kreise in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1975 hätten wir übergangsweise überall mit zwei Oberkreisdirektoren angefangen. Ich glaube, das Ganze macht nicht sehr viel Sinn.

Angesichts der dramatischen Finanzsituation der neuen Landwirtschaftskammer - ich habe auf die Deckungslücke in Höhe von 50 Millionen € eben schon hingewiesen - vermisste ich ein finanzielles Gesamtkonzept, das die Grundlage dafür bietet, wie man dieser neuen Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen ein Stück sichere Zukunft garantieren kann.

Diese und andere Fragen müssen weiter intensiv diskutiert werden. Ich möchte für die CDU-Fraktion - genau wie die Kollegin Schmid das für die SPD-Fraktion getan hat - eine Anhörung beantragen. Wir möchten keinen Beitrag dazu leisten, dass die Fusion der Kammern nicht am 1. Januar 2004 in Kraft treten kann. Deswegen sollten wir uns zügig über einen Termin für die Durchführung dieser Anhörung einigen. Anschließend sollten wir im Landtag einen Gesetzentwurf beraten, der es verdient, im Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedet zu werden. Zurzeit ergeben sich für meine Fraktion noch sehr viele Fragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Kollege Uhlenberg. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Becker das Wort.

Felix Becker (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich Frau Ministerin bei der Einbringung des Gesetzentwurfs bei dem Kollegen Lieven bedankt hat, nachdem sich die Kollegin Schmid bei Herrn Lieven, Herrn Meiser, Herrn Möllers und Herrn Decker bedankt hat und nachdem sich auch Herr Uhlenberg bei all diesen Personen sowie bei den Kammerdirektoren bedankt hat, möchte ich mich bei den Bäuerinnen und Bauern in Nordrhein-Westfalen dafür bedanken, dass sie mit den Kammern immer gut zusammengearbeitet haben, und zwar auch dann noch, als sie insbesondere die grüne Bürokratie zunehmend vertreten mussten.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, Sie haben von dem Sinneswandel bei den Landwirtschaftskammern im Zuge der Beratungen gesprochen. Sie haben das kritisiert. Das sei dahingestellt. Ich bin der Auffassung, dass man als Landesregierung mit den Kammern nicht erst nach dem Motto "Wir finden eine konsensuale Lösung" verhandeln soll, um dann plötzlich - ex cathedra - im "Düsseldorfer Signal" etwas ganz anderes für die Konzentration vorzugeben. Ich finde, das ist kein cleverer und auch kein anständiger Regierungsstil.

Das Gesetz ist bis zum 31. Dezember 2008 befristet. Damit ist in diesen Gesetzentwurf eine Idee aufgenommen worden, die auch wir als Liberale verfechten. Wir finden das gut. Wir können hier und heute nur sagen, dass die Beratungen über das Folgegesetz dann auch rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2008 aufgenommen werden - wenn das Gesetz so in Kraft tritt.

In dem jetzt vorliegenden Entwurf bekommen die Kammern einige neue Aufgaben. Zunächst einmal sollen sie im Rahmen ihrer Aufgaben den ländlichen Raum bestärken. Was genau darunter zu verstehen ist, wird nicht definiert, Frau Ministerin.

Wir als FDP-Landtagsfraktion halten die Förderung des ländlichen Raums Nordrhein-Westfalens, in dem immerhin 6 Millionen Menschen wohnen - und damit mehr, als in vielen Bundesländern an Gesamteinwohnerschaft vorhanden ist -, für eine wichtige Aufgabe. Aber wir möchten diese Aufgabe sachgerecht, nicht politisch oder ideologisch motiviert, wahrgenommen wissen.

Der ökologische Landbau soll gestärkt werden. Beim Ökolandbau handelt es sich um eine Produktionsmethode. Man kann Umweltleistungen auch im konventionellen Landbau erreichen. Warum wird in einem Gesetz eine Produktionsmethode vorgeschrieben? Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Wir kritisieren das.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass die Ministerin Künast ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, das jetzt auch vorliegt. Es sollte die Unterschiede zwischen dem Ökolandbau und dem konventionellen Landbau bzw. die Unterschiede in der Produktqualität darlegen. Das Ergebnis des Gutachtens, von dem in der Presse gesagt worden ist, dass es unter einem starken Erwartungsdruck gestanden habe, ist, dass es gar keine feststellbaren Unterschiede gibt. Wenn die Gutachter das so sagen, stellt sich natürlich die Frage, warum wir denn in einem Landesgesetz eine Produktionsmethode vorgeben wollen.

Die neue Aufgabe ist denn auch, die Arbeitnehmer in allen beruflichen und sozialen Dingen zu fördern. Ist das ein neues Aufgabenfeld der Landwirtschaftskammer, was den sozialen Bereich angeht? Was ist darunter zu verstehen?

Die Regionalvermarktung soll gestärkt werden. Das ist sicherlich richtig; das unterstützen wir als Landtagsfraktion auch. Allerdings müssen wir uns immer darüber im Klaren sein, dass wir mit der Regionalvermarktung allein die landwirtschaftlichen Probleme in Nordrhein-Westfalen nicht lösen können, da wir in großen Mengen Agrarprodukte aus anderen Ländern nach Nordrhein-Westfalen importieren.

Dann sollen die Produktions-, Absatz- und Einkommenspotenziale für nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien neuer Aufgabenschwerpunkt der Kammern werden. Auch das ist sicherlich richtig. Hier ist eine vernünftige Alternative mit Hoffnung für unsere Landwirtschaft zu verbinden.

Nur, Frau Ministerin, wenn man es dann mit der Idee verknüpft, den Forst herauszunehmen, dann muss man sich schon fragen: Wer soll jetzt z. B. die Frage beantworten, wie der Biomasseverlust bei der Ausweisung tausender Hektare FFH-Flächen - wo künftig statt standortgerecht Fichte anzubauen, nur noch Buche angebaut werden soll, von dem wir uns z. B. bei Holzpellets einiges versprechen - bewerkstelligt werden soll.

Der Geschäftsverteilungs- und der Organisationsplan der Kammer soll künftig dem Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums zugeführt werden. Das halten wir für keine liberale Lösung. Wir sind der Meinung, dass eine Selbstorganisation wie die Landwirtschaftskammer Geschäftsverteilungs- und Organisationspläne selbst erstellen kann und sich diese nicht vom Ministerium genehmigen lassen muss. Jedenfalls hat es früher auch anders geklappt.

Neu ist auch, dass die Ortslandwirtinnen und -landwirte - das Gesetz ist natürlich immer geschlechtsneutral formuliert - in turnusmäßigen Abständen einladen müssen, um über die Arbeit der Ortsstelle zu unterrichten. Soweit ich die Ortslandwirte kenne, haben sie das eh schon gemacht. Warum das jetzt wieder im Gesetz stehen muss, ist mir - ehrlich gesagt - etwas schleierhaft.

Uns fehlt zumindest eine Überprüfung des Kammerystems insgesamt. Das ist sicherlich auch ein interessantes Thema, das man einmal ansprechen sollte.

Die Fokussierung auf den Ökolandbau stört uns etwas. Wie gesagt, es ist eine Produktionsmethode. Den ländlichen Raum zu stärken, ist eine interessante Aufgabe.

Landesbetrieb "Forst": Da muss man einmal überlegen, was daraus eigentlich werden soll. Bei den Zahlen, die bisher herumgereicht werden, z. B. beim Landesbetrieb Straßenbau, ist es so, dass es teurer ist als vorher. Wenn das beim Forst auch so ist, dann lassen wir es lieber so, wie es ist.

Aus der neuen Aufgabe, mehr im ländlichen Raum zu tun, Frau Ministerin, ergibt sich für mich die Frage: Wie groß sind dabei eigentlich die Überschneidungseffekte mit dem Landschaftsgesetz? Müssen wir dann nicht auch einen Artikel in dieses Gesetz einfügen, etwa dergestalt, dass die Landwirtschaftskammern auch bei der Landschaftsplanung intensiver beteiligt werden müssen, damit diese wichtige Aufgabe im ländlichen Raum konsensualer, als es bisher manchmal der Fall ist, gelöst werden kann?

Last not least: Die Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU haben die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf beantragt. Wir tun das als FDP-Fraktion auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Becker. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Ministerin! Bei allen haben sich die Vorredner und -rednerinnen bedankt. Sie wurden vergessen. Herzlichen Dank für den Gesetzentwurf.

(Ministerin Bärbel Höhn: Bitte!)

Ich kann es ja verstehen, aber wenn man sich ein bisschen die Genese der Auseinandersetzung um den Standort ansieht - es ist immer wieder nett zu beobachten, wie alte Kreuzzüge zwischen Westfalen und Rheinländern an den Stellen wieder aufblühen -, dann muss man fairerweise sagen, dass die Ministerin immer sehr intelligent die Position vertreten hat: Wir stülpen keine Standortentscheidung aus Düsseldorf über, sondern machen das in einem Dialog mit den beiden Kammern, mit allen Betroffenen und sehen, dass wir eine Lösung hinbekommen. Auch das Signal, hier zu sagen: Wenn die Kammern eine bessere Entscheidung für einen verteilten Standort haben, das ökonomisch belegen können und zu dem Ergebnis kommen, ist die Ministerin diejenige, die den Prozess positiv begleitet.

(Zuruf von Eckhard Uhlenberg [CDU])

- Sie müssen sie ja nicht gleich in den Arm nehmen, Sie müssen sich nicht über Ökolandbau freuen, aber an der Stelle hätte man das auch positiv zur Kenntnis nehmen können. Gut, das geht nicht. Schade. Holen wir es nach.

Kurz zum Gesetz. Kollege Becker hat eine Reihe von Punkten angesprochen, die vernünftigerweise Gegenstand der Anhörung sind. Ich will es für meine Fraktion sagen: Ich halte die Anhörung für vernünftig. Frau Schmid beantragt sie, wir machen es gerne mit. Wenn es das Ziel ist, ganz schnell zum Gesetz zu kommen, dann sollten wir uns auch ganz rasch nach Möglichkeit ohne lange Fristen auf die Sachverständigen und auf die Fragen verständigen und eine Anhörung durchführen. Wenn es das Ziel ist, dass das Gesetz zum 1. Januar in Kraft treten soll, dann muss die Anhörung allerspätestens im Dezember stattfinden. Das heißt, da gibt es das Angebot und die Bitte, dass

wir schnell zu Terminen kommen und es so machen. - Ich sehe am Kopfnicken der Kollegen, dass es so sein soll. Die Ministerin sieht das auch so. Dann sollten wir so verfahren.

Zu der ganzen Vorgeschichte der Kammern und zur Bedeutung will ich nicht mehr viel sagen. Das ist im Prinzip von den Kolleginnen und Kollegen alles angebracht worden. Ich meine, dass es im Prinzip ein Prozess ist, der sich lange angebahnt hat, den wir in einer Reihe anderer Einrichtungen bis hin zu Ihrer Partei, Herr Uhlenberg, auch erlebt haben. Wenn sich Westfalen und Rheinländer in der Organisation zusammentun, holpert es an der einen oder anderen Stelle. Aber es ist immer schön, wenn es klappt. Uns als Partei ist es erspart geblieben. Ich hätte es nicht erleben mögen. Ich erlebe es bei unseren belgischen grünen Kollegen. Wenn man mit denen zusammen ist und hat die Flamen und Wallonen, die unterschiedlich arbeiten, ist es ein sehr anstrengender Prozess. Das ist für mich die Nachbarschaft. Deshalb kann ich die Unterschiede Rheinländer/Westfalen in dem Prozess und auch die Schwierigkeiten dabei nachvollziehen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie sehen, wie stark die Ziele geworden sind in Nordrhein-Westfalen!)

- Ich sehe auch schon, wie kämpferisch die Westfalen sind. Das geht bis in unsere eigene Fraktion. Ich habe gar nicht gewusst, dass Münster eine derartige Lobby hat. Das Gesetz ist da. Es gibt einen Konsens, das schnell zu machen. Das ist der vernünftige Weg. Der Überweisung stimmen wir zu. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Priggen. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir damit zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksachen 13/4200 und 13/4296 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** - federführend - und an den **Haushalts- und Finanzausschuss** sowie an den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**. Wer der Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf: